

3018/J XXI.GP

Eingelangt am: 25.10.2001

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Spindelegger, Dr. Stummvoll, Schwarzenberger und Kollegen
an die Frau Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Kultur
betreffend unverantwortliche Kampagne der Sozialistischen Jugend zur Verharmlosung von Drogen

Zahlreiche, um ihre Kinder besorgte Eltern, verantwortungsbewusste Schülervertreter sowie viele Lehrerinnen und Lehrer, welchen die umfassende Ausbildung unserer Kinder anvertraut ist, haben sich in den vergangenen Tagen empört an die Schulbehörden bzw. an Politiker aller Parteien gewandt, weil die Sozialistische Jugend Österreichs unter dem Titel „Lieber bekifft ficken als besoffen fahren“ an die Schulsprecher unter Verwendung der Schuladresse eine Broschüre, ein Begleitschreiben und ein Plakat der Sozialistischen Jugend gesandt hat, worin Aussagen zur Suchtproblematik getätigt werden, die laut Elternvereinen zu Drogenkonsum und ungehemmter Sexualität auffordern oder den Drogenkonsum zumindest verharmlosen.

Die Sozialistische Jugend tritt darin in Ihrer Aussendung für die Legalisierung von Cannabis ein und will sogar eine generelle Entkriminalisierung des Konsums von sogenannten „harten Drogen“. Bezeichnend ist auch, dass von den Sozialisten nicht nur eine Entkriminalisierung von „harten Drogen“ vorgeschlagen wird, sondern auch eine kostenlose Bereitstellung harter Drogen für Süchtige. Die Unterscheidung in „harte“ und „weiche“ Drogen ist äußerst fahrlässig und vermittelt den Jugendlichen ein falsches Bild von der Gefährlichkeit des Suchtgiftkonsums. Gerade die Liberalisierungstendenzen der SPÖ gefährden die Jugendlichen und konterkarieren Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen. Jede Droge ist gefährlich und kann enorme Probleme in den Bereichen Familie, Beruf und Bekanntenkreis und für die eigene Gesundheit verursachen. Liberalisierung, wie sie die SPÖ möchte, bedeutet auch Verharmlosung, und das kann nicht die Lösung des Problems sein; schließlich sind weiche Drogen in der Regel Einstiegsdrogen.

Engagierte Elternverbände kritisieren auch, dass es bei dieser Kampagne nicht darum gehe, den Drogenkonsum zu minimieren oder dessen Ursache zu bekämpfen, sondern neben dem Alkohol und Nikotin ein noch breiteres Spektrum an Drogen anzubieten und dessen Konsum zu fördern. Es ist absolut untragbar, dass die Schülervertreter von der Sozialistischen Parteijugend dazu benutzt werden, um an den Schulen Drogenpropaganda zu betreiben! Minderjährige Kinder zu Drogenkonsum und ungehemmter Sexualität aufzufordern, ist eine unfassbare Verantwortungslosigkeit!

Seit vielen Jahren wird durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und durch viele andere Institutionen an den Schulen auf die Vielschichtigkeit von süchtigem Verhalten und deren möglichen Ursachen aufmerksam gemacht (Drogen, Alkohol, Nikotin, Bulimie, Magersucht etc.). Die Sozialistische Jugend hat bisher nicht Initiativen ergriffen, um gemeinsam mit den Elternvertretern, Schülervertretern und Organisationen zur Suchtbekämpfung zusammen zu arbeiten.

Diese oben dargestellte SJ - Kampagne hat nicht zum Ziel, die Sucht zu bekämpfen, sondern ist auf parteipolitische Propaganda ausgerichtet. Zitat: „..... und unsere derzeitige Wirtschaftspolitik generell in Frage zu stellen. Es ist diese, und jene Politikerinnen und Politiker, die daran festhalten, die Menschen süchtig machen, und nicht die . . . eine veränderte Drogenpolitik, die neben der Legalisierung auch einen anderen, nicht kriminellen, Umgang mit KonsumentInnen von so genannten Drogen fordern“ (www.sioe.at/). Da steht nicht die Ursachenbekämpfung im Vordergrund, sondern die Aufforderung der generellen Liberalisierung der Drogen. Bedauerlich ist auch, dass die SPÖ in der Vergangenheit bewiesen hat, dass sie an einer Drogenprävention nicht interessiert ist, wie ihre Ablehnung der 21. Novelle zur Straßenverkehrsordnung gezeigt hat, mit der eine bessere strafrechtliche Verfolgung des Drogenmissbrauchs am Steuer gewährleistet werden sollte.

Die unterfertigten Abgeordneten verurteilen die Aktion der SJ auf das Schärfste und fordern die SPÖ auf, ihre Jugendorganisation zu recht zu weisen. Wir wollen eine solche Politik weder den jungen Menschen in diesem Land wünschen, noch wollen wir, dass das die Politik der Zukunft ist.

Aus diesem Grund richten die unterfertigten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Kultur folgende

A n f r a g e:

- 1) Wie beurteilen Sie die oben dargestellte Aktion der SJ?
- 2) Wie wurde von den Schulbehörden darauf reagiert?
- 3) Was unternimmt Ihr Ressort zur Suchtaufklärung?
- 4) Gibt es „Therapie statt Strafe“ auch im Schulbereich?